

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Björn Engholm MdB wider-
spricht der konservativen
Wort-zum-Sonntag-Politik:
Gegen das inhumane Men-
schenbild. Seite 1

Wolfgang Clement be-
schreibt wie der CSU-MdB
Wittmann sich am SPD-Kanz-
lerkandidaten reibt.
Seite 4

Hans Böhler MdB stellt
fest, daß Strauß die
neue alte Deutschland-
politik der Union dik-
tiert: Keine Rede mehr
von Kontinuität.
Seite 5

Hermann Granzow zieht
Bilanz aus der Bildungs-
politik der ersten 100
Tage der Regierung Kohl/
Censcher: Die Wende als
Kahlschlag. Seite 6

38. Jahrgang / 18

26. Januar 1983

Gegen die konservative Wort-zum-Sonntag-Politik

Die SPD wendet sich gegen das inhumane Menschenbild

Von Björn Engholm MdB
Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein

Viele von uns haben in diesem Sommer über einen möglichen Regierungswechsel gesprochen und geschrieben - weniger von dem notwendigen in Schleswig-Holstein als von dem möglichen in Bonn.

Und es waren nicht wenige, die gemeint haben, ein solcher Regierungswechsel wäre gut für unsere Republik - in der törichten Annahme, die Wiederherstellung sozialdemokratischer Nestwärme und Geschlossenheit sei wichtiger als die Frage, wer in der schwierigsten Phase internationaler Politik seit dem Ende der Weimarer Republik unser Land regiert. Dies gilt in gleicher Weise für die Wirtschafts- und Finanzpolitik wie die Außen- und Sicherheitspolitik.

Diese Sehnsucht nach der neuen Identität in der Opposition war zudem geprägt von der Grundhaltung, es könne nach 13 Jahren sozialliberaler Regierung, besser nach 13 Jahren Sozialismus, so sieht es zumindest auf Ihren Wahlplakaten die bayerische CSU, schon gar nicht das passieren, was die berufsmäßigen Warner vor einer CDU/CSU-geführten Regierung angekündigt hatten.

Nun ist die unterschiedliche Beurteilung sozialliberaler Regierungstätigkeit von Franz Josef Strauß bis zu den Jungsozialisten nicht nur ein Zeichen für die demokratische Pluralität bei der Bestimmung, was nun Sozialismus sei oder nicht und damit ein Beleg für die lebendige Vielfalt unserer politischen Kultur - allen Geißleriaden zum Trotz, die gelinde gesagt die Qualität der politischen Kultur bei der CDU im Umgang mit dem demokratischen Mitbewerber derzeit schwer erkennbar machen.

Dahinter steckt auch ein gefährlicher Irrglaube: Es könne in der Innen- und Außenpolitik, an der Sozial- und Wirtschaftspolitik sich gar nicht so viel ändern, weil die Grenzen der ökonomischen und sozialen Vernunft, ein politischer Grundkonsens in Fragen der Außen- und Sicherheits-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Herausgeber/Verleger
Sozialdemokratischer
Pressedienst
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2



politik und ein neues Verständnis für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen extreme politische Kursänderungen ohnehin verböten. Daß dies nicht wahr ist, haben wir inzwischen bitter erfahren.

1. Die neue Bundesregierung betreibt eine prozyklische Haushaltspolitik. Ihre Einsparungen in einer Größenordnung von 16 Milliarden DM bescheren in der schwersten Wirtschaftskrise seit 1945 zusätzlich 100.000 bis 200.000 Arbeitslose. Die Sparmaßnahmen der CDU setzen allemal bei Empfängern niedriger Einkommen an, also bei denen, die von ihrem Einkommen nichts auf die Sparkasse zu tragen haben oder ihre Steuerlast in Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodellen senken müssen.
2. Auf die Gemeinden, die zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tätigen, kommen neue Belastungen zu. An den von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungen sind sie nur zu ein Prozent beteiligt. Bundesfinanzminister Stoltenberg hat erst in dieser Woche nach dem schon erfolgten Teilabbau der Gewerbesteuer für den Wahlkampf der Union die gänzliche Abschaffung der Gewerbesteuer in Aussicht gestellt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Stuttgarts Oberbürgermeister Rommel, CDU, hat erst wieder die Bundesregierung hart kritisiert, weil durch BAföG- und Wohngeldkürzungen eine neue Welle von Sozialhilfeempfänger auf Städte und Gemeinden zukommt.
3. Wohngeldkürzungen, Zeitmietverträge, Staffelmieten, eine Neuordnung des Vergleichsmietensystems führen zur Aushöhlung des Mieterschutzes und zu einer massiven Preissteigerung bei den Mieten - ohne daß erkennbar wäre, auf welche Weise solche Regelungen den Mietwohnungsbau ankurbeln könnten - zumindest den Bau von Mietwohnungen für untere und mittlere Einkommenschichten.
4. Schon 1982 und 1983 sind auf Drängen der CDU im Bundesrat die Regelsätze in der Sozialhilfe nur um jeweils drei Prozent erhöht worden. Der den Regelsätzen zugrundegelegte Warenkorb ist ohnehin seit 1970 nicht mehr verändert worden. Für ihn mußte Mitte dieses Jahres rund 360 DM aufgebracht werden. Der Regelsatz der Sozialhilfe liegt im Bundesdurchschnitt mit 338 DM weit darunter. Trotzdem wird die Erhöhung der Regelsätze für 1983 von drei auf zwei Prozent heruntergesetzt, die Anpassung auf den 1. Juli herausgeschoben.
5. Mit den vorgesehenen Kürzungen bei der Berufsausbildungsförderung für Schüler ist ein drastischer Eingriff in soziale Bildungschancen durchgesetzt wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Eine Witwe mit einer Rente von 900 DM und einem Sohn in der Berufsaufbauschule erhielt bisher 490 DM BAföG. Ab Herbst 1983 bekommt sie nichts mehr. 35 Prozent des Familieneinkommens fehlen - und so ließen sich die Beispiele fortsetzen.
6. Gleichzeitig werden ohne langes Zögern für den Schnellen Brüter in Kalkar, dieses 0,5-Milliarden-Symbol für das Mißmanagement von Staat, Industrie und Gesellschaft, nochmals 600 Millionen DM gebilligt, die Mittel für die neuen Reaktorlinien nochmals um 200 Millionen DM aufgestockt, kurz und gut forschungspolitisch andere Optionen in der Energiepolitik genauso wie Innovationen in Mikroelektronik oder Biotechnologie finanzpolitisch verschätzt. Nicht zuletzt werden en passant drei neue Kernkraftwerke genehmigt, die Verkabelung der Republik ohne viel Federlesens forciert vorangetrieben, die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals genauso wie der Ausbau des Autobahnnetzes angekündigt.



Man muß sich das schon genau ansehen: Derselbe Minister der in seinen Sozialausschüssen die Macht des Weiblichen und der Familie neu zu entdecken weiß, beschließt gleichzeitig Investitionsprogramme, die möglicherweise stärker das Familienleben negativ verändern als der gesamte liberale Zeitgeist in 13 Jahren sozialliberaler Regierungstätigkeit.

Der Kern dieser konservativen Wende, die sich geistig-moralische Erneuerung nennt, ist die Rückkehr zu einem ausschließlich ökonomisch bestimmten Politikverständnis.

Niemand steht dafür deutlicher als die Figur Gerhard Stoltenbergs: Politik wird reduziert auf die Frage, wie verwertbar ist der Einzelne im ökonomischen Leistungswettbewerb? Das ist der Maßstab konservativer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Das Ganze wird dann noch übergossen mit der Beschwörung aller Werte von Gemeinsinn, Opferbereitschaft, Vaterlandsliebe, Familiensinn, sozusagen die pastorale Sauce, die bei der Verdrängung mithelfen soll, daß hier in Wahrheit einem tief inhumanen Menschenbild gefolgt wird. Dafür, für diese Art konservativer Wort-zum-Sonntag-Politik hat die CDU/CSU Helmut Kohl als Bundeskanzlerdarsteller engagiert.

Unsere Antwort auf diese Politik muß heißen: Die Sozialdemokraten haben keine Wohltaten zu verteilen für jedermann, aber wir können mehr Arbeit schaffen,

- + wenn wir die Herausforderung, unsere Umwelt zu sanieren und unsere Produktionsstrukturen zu erneuern, aufgreifen,
- + wenn wir die dabei entstehenden Lasten gerecht verteilen, daß heißt demjenigen, der mehr leisten kann, auch mehr zumuten,
- + wenn wir die dazu notwendige Solidarität in unserer Gesellschaft auch abfordern und sie vorleben.

Und die letzten Sätze habe ich zu sagen gewagt, weil wir mit Hans-Jochen Vogel als Spitzenkandidat in den Bundestagswahlkampf ziehen.

Wir Schleswig-Holsteiner stehen dabei vor einer doppelten Aufgabe: Wir haben zu beweisen, daß wir am 6. März wie seit 1969 ununterbrochen stärkste politische Kraft in Schleswig-Holstein werden und wir werden zeigen, daß es überhaupt keinen Grund gibt, eine Woche später, am 13. März, nicht noch einmal dasselbe Ergebnis zu wiederholen.

(-/26.1.1983/ks/oa)

+ + +



Diffamierung wider besseren Wissens

Der CSU-MdB Wittmann reibt sich am SPD-Kanzlerkandidaten

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Diffamierungskampagne der Union gegen den SPD-Kanzlerkandidaten nimmt immer unwürdigere Formen an. So liegt die Aufforderung des CSU-Bundestagsabgeordneten Wittmann an Hans-Jochen Vogel, er möge öffentlich Stellung nehmen, ob er von geheimen Millionen-Gewinnen ehemaliger Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat bei der "Terrafinanz GmbH" wirklich nichts gewußt habe, auf der Linie der "Betrugs-", "Lügen"- und "Verbrecher"-Vorwürfe der Herren Geißler, Stoiber und Strauß. Hier soll die Gelegenheit des berechtigten Aufsehens, das die schweren Vorwürfe gegen den ehemaligen NH-Chef Albert Vietor hervorrufen, auf billigste Weise genutzt werden, um das wachsende Ansehen des SPD-Kanzlerkandidaten zu beschädigen.

Dabei fällt auf, daß das Thema seitens der CSU zum zweiten Mal unmittelbar vor einer Wahl zum Anlaß haltloser Unterstellungen genommen wird. Ein entsprechender Versuch ist bereits vor der bayerischen Landtagswahl im Sommer 1982 kläglich gescheitert. Auch er sollte den politischen Gegner Hans-Jochen Vogel dem Argwohn aussetzen, er habe zu den an der Terrafinanz insgeheim und zu ihrem privaten Vorteil beteiligten ehemaligen Vorstandsmitgliedern der Neuen Heimat in einer zu mißbilligenden Verbindung gestanden oder er habe diese Beteiligten doch zumindest fördern wollen.

Es paßt in dieses Bild einer wahlkämpferischen Wahrheitssuche, daß Herr Wittmann gestern mit einem "report"-Interview operierte, in dem der SPD-Kanzlerkandidat mit einer einzigen Äußerung zu Wort kam. Tatsächlich hatte "report"-München insgesamt 13 Fragen an Hans-Jochen Vogel gerichtet und ebenso viele Antworten erhalten, aber unter den Schneidestich fallen lassen. Die einseitige "report"-Vorlage kam Herrn Wittmann offensichtlich zupass.

Zur Vereinfachung des Verfahrens, genauer gesagt: Um Herrn Wittmann der Mühe zu entheben, weiterhin falsche Spuren legen zu müssen, veröffentlichen wir erneut den einschlägigen Teil der Stellungnahme, die Hans-Jochen Vogel als ehemaliger Münchner Oberbürgermeister am 17. Mai des letzten Jahres abgab, als die Vorwürfe gegen die Terrafinanz gerade bekannt geworden waren. Hans-Jochen Vogel erklärte seinerzeit wörtlich:

"Erst durch die jetzigen Veröffentlichungen ist mir bekannt geworden, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse der Terrafinanz GmbH zu einem relevanten Teil Vorstandsmitgliedern der Neuen Heimat zugutegekommen sein sollen. Der Gedanke, daß Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat in Angelegenheiten des Projekts Neu-Perlach für die Neue Heimat und zugleich als geheime Teilhaber der Terrafinanz GmbH handeln würden, ohne dies den jeweiligen Verhandlungspartnern zu offenbaren, lag seinerzeit außerhalb meines Vorstellungsvermögens sogar von Stadträten, die dem Projekt Neu-Perlach eher kritisch gegenüberstanden, und der beteiligten Dienststellen."

Soweit Hans-Jochen Vogel im Mai 1982. Um dies heute anzufügen: Wäre es - gewissermaßen im Wittmann'schen Sinne - anders gewesen, so hätten solche Personen sowie die zahlreichen sonstigen, mit der Tätigkeit der Terrafinanz befaßten Dienststellen der Landeshauptstadt München und des Freistaates Bayern, einschließlich der rechnungsprüfenden Behörden, nicht zwanzig Jahre lang geschwiegen. Sie hätten vielmehr keine Sekunde gezögert, sich an den damaligen Münchner Oberbürgermeister oder aber beschwerdeführend an die Regierung von Oberbayern oder an die Öffentlichkeit zu wenden.

(-/26.1.1983/ks/ca)

+ + +



Keine Rede mehr von Kontinuität

Strauß diktiert die neue alte Deutschlandpolitik der Union

Von Hans Büchler MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundestagsfraktion

Unsere Skepsis war berechtigt. Dr. Barzels "Wille zur Kontinuität" in der Deutschlandpolitik bleibt von Schwäche und Zwiespältigkeit gekennzeichnet, ist es ihm doch nicht gelungen, sich gegen grundsätzlich unterschiedliche Linien in der Union durchzusetzen. Die direkt auf den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Barzel, gemünzten Angriffe des Franz Josef Strauß bewirkten zwar die folgende gegenkritische Feststellung: "Wer meint, der Kalte Krieg sei die einzige Alternative zur Entspannungspolitik der siebziger Jahre, der irrt ebenso wie diejenigen, die in unserem Willen zur Kontinuität gar einen Mangel an politischer Phantasie und politischer Energie erkennen möchten."

Aber die Kritik Straußens - "Ich habe nicht 13 Jahre gegen diese Ostpolitik gekämpft, um im 14. Jahr ihre Kontinuität zu verkünden" - ist damit nicht vom Tisch. Im Gegenteil Sie ist Bestandteil des CDU/CSU-Wahlprogramms geworden. Jeder Vernunft und Gutwilligkeit wird darin eine harte Abfuhr erteilt. Das Programm erinnert in fataler Weise an das "Deutschlandpolitische Grundsatzpapier" der CSU vom 23. Februar 1978. Es ist ein Affront gegen die Glaubwürdigkeit deutscher Außen- und Ostpolitik.

Keine Rede mehr von Barzels Kontinuität in der Deutschland- und Vertragspolitik. Stattdessen die Kontinuität der harten Bandagen der Zeit des Kalten Krieges, des Druckes und der Sanktionen und der bewußten Mißachtung der Realitäten in Deutschland und Europa. Rechtspositionen werden vorgeführt, um besser verdeckt mit dem Grundlagenvertrag Schindluder zu treiben. Kein Wort mehr von den vertraglichen Verpflichtungen zur Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten. Der ganzen Diktion entspricht der Wegfall der Vertragsformel "... der beiden deutschen Staaten".

Dies kann nicht überraschen, war doch schon das Koalitionspapier vom 29. September 1982 unter der Federführung von Huyn und Mertes entsprechend zustande gekommen. Im CDU/CSU-Wahlprogramm bleibt nun der Grundlagenvertrag völlig unerwähnt.

Wir müssen Herrn Dr. Barzel einen durch Strauß bewirkten Wortbruch bescheinigen. Der am 13. Oktober 1982 vom "Übergangskanzler" Dr. Kohl auf der Basis des Grundlagenvertrages beschriebenen Kontinuität ist damit die Ernsthaftigkeit genommen. Nun gilt nicht mehr der Grundlagenvertrag, es gelten die alten "Grundsätze". Denn Strauß fordert jetzt im Deutschland-Union-Dienst "die Rückkehr zu den tragenden Grundsätzen der unter Konrad Adenauer formulierten und durchgesetzten Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik". Strauß schrieb: "Die Union steht allein in dieser verpflichtenden Kontinuität."

Die Feststellung der "Neuen Zürcher Zeitung", Strauß falle der eigenen Koalitionsregierung in den Rücken, können wir dick unterstreichen. (-/26.1.1983/ks/oa)

+ + +



Die Wende als Kahlschlag

In der Bildungspolitik ist nach 100 Tagen der Hauptteil zerstört

Von Dr. Hermann Granzow

Staatssekretär a.D. im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

100 Tage Bildungspolitik der Rechtskoalition haben ein Gutteil dessen zerstört, was in zehn Jahren mit Klaus von Dohnanyi, Helmut Rohde, Jürgen Schmude und Björn Engholm zum Wohl von Schülern, Auszubildenden, Studenten und Eltern geschaffen worden ist. Die "Wende" in der Bildungspolitik bedeutet

- Abkehr von der Chancengleichheit, vor allem für Kinder von Arbeitnehmern
- Zerschlagung der materiellen Voraussetzungen für die Aufstiege durch Bildung mit dem Kahlschlag beim BAföG
- Gefährdung des kooperativen Föderalismus durch bewußte Zerstörung aller Gemeinsamkeiten in der Bildungspolitik
- Verlust der gesamtstaatlichen Verantwortung durch leichtfertigen Verzicht auf Führung und Gestaltung
- Massierung von Unwahrheiten, Widersprüchlichkeiten, Unterstellungen und Anmaßungen.

1. Zu den Unwahrheiten

- 1.1 Der Kahlschlag beim BAföG wird damit begründet, das Gesetz wäre finanziell sonst aus dem Ruder gelaufen und würde 1989 4,5 Milliarden DM kosten. Die Wahrheit: Das BAföG war bereits durch Sparbeschlüsse der sozialliberalen Koalition um 25 Prozent voll kalkulierbar geworden unter Wahrung des sozialen Kernbereichs. Es kostete 1982 rund 3,6 Milliarden, davon 2,4 Milliarden beim Bund; 1986 wären es 3,2 Milliarden gewesen. 1989 hätten unter Berücksichtigung der Preisentwicklung 3,5 Milliarden genügt, davon knapp 2,4 Milliarden beim Bund, also nicht mehr als 1982. Das Streichen von 900 Millionen für das Schüler-BAföG war nicht Sparsamkeit, sondern Willkür und ein gezielter Schlag gegen die Familien mit Kindern in Ausbildung. Das ganze hat System: Bereits im September 1981, also vor der "Wende", hatte der inzwischen am Hamburger Wähler gescheiterte Walther Leisler Kiep behauptet, das BAföG würde 1981 allein beim Bund 500 Millionen mehr kosten, als wir tatsächlich gebraucht haben. Getäuscht wurde vor und nach der "Wende"; davor, um durch ein Klima der Angst den geplanten Eingriff zu programmieren, nach der Wende, um den Kahlschlag zu "rechtfertigen".
- 1.2 Die Rechtskoalition behauptet wieder besseres Wissen, daß die Regierung Schmidt kein Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ab 1984 gehabt und daß erst nach der "Wende" die CDU ein Programm vorgelegt habe. Die Wahrheit: Dieses Programm hatten Jürgen Schmude und Björn Engholm vorbereitet, Ende September 1982 wurde es im Einvernehmen mit Manfred Lahnstein den Ländern zur gemeinsamen Beratung übermittelt. Die Regierung Schmidt hat in ihrer letzten Kabinettsitzung am 29. September 1982 dazu folgendes dem Deutschen Bundestag berichtet (Drucksache 9/2012): "Die Förderung eines leistungsfähigen Nachwuchses ist ein wichtiges Ziel der Forschungs- und Bildungspolitik. Die Bundesregierung wird im Bereich der sozialen Ausbildungsförderung und der Begabtenförderung, ..auch für die geburtenstarken Jahrgänge zur Wahrung der Chancen einer qualifizierenden Ausbildung beitragen. Auf der Grundlage der Beratung des Bundeskabinetts vom 7. Juli 1982 hat die Bundesregierung den Ländern ein konkretes Angebot zur künftigen Förderung des



wissenschaftlichen Nachwuchses gemacht. Die Bundesregierung erwartet, daß die jetzt notwendigen Verhandlungen zu einem baldigen Abschluß gebracht werden können." Mit der sachlichen und politischen Leistung sozialdemokratischer Bildungsminister geht also die Rechtskoalition heute hausieren. Der Unterschied: Die Sozialdemokraten wollten das BAfÖG nach den erfolgten unabweisbaren Kürzungen im Kern erhalten und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern. Die Rechtskoalition dagegen kürzt beim BAfÖG weitere 900 Millionen DM und rühmt sich der 50 Millionen DM, die sie ab 1984 für den Nachwuchs bereitstellen will. Das ist Betrug der Öffentlichkeit und des Wählers.

- 1.3 Die Rechtskoalition behauptet ferner, daß sie im Haushalt 1983 das von Jürgen Schmude und Björn Engholm entwickelte "Benachteiligtenprogramm" für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, das sie lange als "Gefahr" für das duale System verdächtigt hatte, um 25 Prozent aufgestockt habe. Das trifft sogar zu. Nur: Eben diese Aufstockung hatte schon Björn Engholm vor der "Wende" mit der sozialdemokratischen Fraktion vereinbart und auch für Deckung gesorgt. Auch hier wird geerntet, wo andere gesät haben. Das gilt für vieles andere, zum Beispiel für die Modellprogramme zur gewerblichen Berufsausbildung für Mädchen, für die Förderung des Ausbaus überbetrieblicher Lehrwerkstätten, für die Förderung von Leistungswettbewerben. "Eigenes" Hausgut der Rechtskoalition ist demgegenüber selten. Neben verbalen Entgleisungen und dem BAfÖG-Kahlschlag ist eigentlich nur die leichtfertig angezettelte Diskussion um die Einführung von Studiengebühren an den deutschen Hochschulen zu nennen, mit der (man weiß nicht recht wie) vom BAfÖG abgelenkt werden soll. Im Erfinden von Belastungen sind die Konservativen ideenreicher als bei der Förderung von Benachteiligten und sozial Schwachen! Vom "Märzjittern" erfaßt, hat die Bundesbildungsministerin Wilms inzwischen ein Dementi zu den Studiengebühren veröffentlicht. Das hindert sie nicht daran, weitere "Modelle" rechnen zu lassen. Der Vorgang wirft ein grelles Schlaglicht auf den Umgang der Regierung Kohl/Genscher mit den Kompetenzen. Die BAfÖG-Kompetenz, die sie durch das Grundgesetz zugewiesen bekommen hat, bringt sie bei den Schülern auf Null, die Gebührenkompetenz, die allein bei den Ländern liegt, nutzt sie zu einem absurden Theater, das nur einen "Sinn" erkennen läßt: Noch mehr Abschreckung, noch mehr Steuerung und Lenkung im Bildungswesen. Statt mehr Freiheit gibt es Darlehen und Gebühren.

2. Verzicht auf Führung und Gestaltung

Der Verlust der Führung wird am deutlichsten in der Mißachtung der tatsächlichen Lage auf dem Lehrstellenmarkt. Nur die rechtzeitigen Warnungen der Sozialdemokraten und Gewerkschaften, allen voran Helmut Schmidt und Björn Engholm, haben doch 1982 das Schlimmste verhüten können! Trotzdem blieben 36.000 Bewerber ohne Lehrstelle, viele andere mußten sich unter demütigenden Umständen einen Platz suchen. Die Rechtskoalition bagatellisiert nicht nur den Lehrstellenmangel, sie verschärft ihn noch. Obwohl die Lage für die mindestens 655.000 Bewerber 1983 so schwierig wie noch nie sein wird, zwingen die Christ- und Freien Demokraten durch den BAfÖG-Kahlschlag viele Familien, für ihre Kinder einen Platz im völlig überlasteten dualen System zu suchen, ebenso ver-teufeln sie ungeniert das zehnte Schuljahr, obwohl es eines der wenigen verlässlichen Mittel zur Milderung der Jugendarbeitslosigkeit ist, wie auch Josef Stingl immer wieder betont.

Statt einer ehrlichen Lehrstellenbilanz wird der Jugendarbeitsschutz als "ausbildungshemmend" zurückgefahren und die öffentliche Verantwortung für die Berufsbildung heruntergespielt. Die gewerkschaftlichen Argumente in der Berufsbildung werden - ebenso wie beim BAfÖG - mißachtet. So verzichtet die Rechtskoalition auch hier auf die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern. Die Jugendlichen und ihre Eltern fühlen sich immer mehr als Objekt des einzelbetrieblichen Ermessens. Sie können kein Vertrauen in diese Regierung haben. Ein besseres Beispiel ist die vom Wähler bestätigte Politik des Hamburger Senats mit Klaus von Dohnanyi. Dort haben Sozialdemokraten im engen Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften jedem Jugendlichen einen Platz in Be-



trieb oder Schule gesichert. Das kostet Härtnäckigkeit und auch mehr Geld. Mit herablassenden Worten, daß die 15- bis 16jährigen Jugendlichen mehr "Mobilität" zeigen sollten, ist keinem geholfen. Jugendliche brauchen Plätze in ihrer Region. Wer soviel über Familie spricht wie die Koalition von CDU/CSU und FDP, sollte das wissen.

3. Gefährdung des Föderalismus

Sozialdemokraten haben in der Bildungspolitik stets Flagge gezeigt, aber dabei das Gespräch und die Zusammenarbeit mit anderen gesucht, denn erst elf Länder und der Bund ergeben ein Ganzes. Unsere Jugend braucht kein ideologisches Schlachtfeld, sondern Vernunft und den guten Willen von Bund, Ländern, Wirtschaft und Gewerkschaften. Durch Verteufelung und Verleugnung der sozialdemokratischen Politik verschließt sich die Rechtskoalition der Zusammenarbeit mit allen Ländern, sie ersetzt sie durch einen "Schwarzen Pakt" mit Formeln und Beschwörungen der späten 50er Jahre. Ständige Provokationen der Sozialdemokraten und der leichtfertige Umgang mit den Ergebnissen der bisherigen Zusammenarbeit von Bund und Ländern fördern den Rückzug in die Provinz. Diese Politik ist im Getto der eigenen Schlagworte und der Arroganz rechter Weltveränderer unrettbar gefangen. Sie reden mit Kohl von den "Zukunftschancen der jungen Generation" und tun doch alles, um die Hoffnungslosigkeit zu verschärfen, Gegensätze aufzureißen, Chancen abzuschneiden. Das geht von der Streichung des Schüler-BAföG über den "Zwangsumtausch" bei der Studienförderung (nur noch Darlehen bis zu 40.000 DM Verschuldung für die Kinder der sozial Schwachen) bis zu einer "Bildung nach Maß", der Bevormundung von Schülern und Eltern durch eine Bildungspolitik, die von oben dekretiert, was der einzelne tun und lernen und werden soll.

4. Abkehr von der Chancengleichheit

Gleiche Chancen für alle, vor allem auch für Arbeiterkinder und Mädchen, soll es nicht mehr geben. Selbst der Begriff der Chancengleichheit, einst vom Christdemokraten Hans Katzer geprägt und in den 70er Jahren ein großes Stück Gemeinsamkeit aller Demokraten, wird als angebliche "Gleichmacherei" in Acht und Bann getan. Die neue Devise heißt "Chancengerechtigkeit" nach dem Wilmschen Motto "Jedem die ihm gemäße Bildung." Das Wort "Chancengerechtigkeit" im Munde derjenigen, die bereits den Start zu mehr Chancen abschneiden, ist ein Beweis mehr für das Auseinanderfallen von Wort und Tat in dieser Koalition. Auch hier zeigt das BAföG, wo es langgehen soll. Kaum war das Schüler-BAföG zerschlagen, brauchte die Rechtskoalition ein Ablenkungsmanöver, um die Empörung der Betroffenen in Vergessenheit geraten zu lassen. So wurde die Legende von einer mit den Ländern durchzuführenden "Schülerbegabtenförderung für leistungsfähige Schüler aus sozial schwachen Schichten" erfunden. Die Bemühungen dazu sind laut Ministerin Wilms "auf gutem Wege". Wie der Weg aussehen soll, enthüllt ein mühsam "herausgekitzeltes" Projekt des Landes Rheinland-Pfalz, des "Stammlandes, von Helmut Kohl, wo seine Absichten wohl am besten zu beobachten sind. Bisher wurden in Rheinland-Pfalz nach dem BAföG 43.000 Schüler mit 120 Millionen DM gefördert. Nun will das Land 1.350 Schüler mit zwei Millionen DM fördern!!! Ein "guter Weg?" Das ist nicht einmal ein Feigenblatt für die sozial- und bildungspolitische Blöße der Rechtskoalition. Das ist zynischer Hohn für zigtausend enttäuschter Jugendlichen, das ist die Verspottung von hunderttausenden betroffenen Familien. Dieser "Vertrauensschutz" konservativer Prägung mit der Unterstellung, daß es in Rheinland-Pfalz nur 1.350 "leistungsfähige Schüler aus sozial schwachen Schichten" gebe, ist eine Ohrfeige für den Aufstiegs- und Leistungswillen unserer Jugend. So kann weder Chancengleichheit noch "Chancengerechtigkeit" entstehen; hier wird die Zukunft unserer Jugendlichen einer kalten Rechnung geopfert, die auf den Verzicht der sozial Schwachen spekuliert, ihre Rechte wahrzunehmen.

(-/26.1.1983/ks/ca/rs)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

